Nachrichten und Tageblatt

für Bad Warmbrunn und das Riesengebirge

Neue Folge der Warmbrunner Nachrichten

Erscheint täglich außer an Tagen nach Sonn- und Festtagen — Beilagen: Sonntags: eine Illustrierte; wochentags: „Der Landwirt". — Bezugspreis: frei Haus vierteljährlich 2.40 M., monatl. 0,80 M. Bei Abhol. von der Geschäftsst. viertelj. 1.60 M. monatl. 0,55 M. Durch die Post vierteljährlich 2.30 Mk., monatlich 0,80 Mk.

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Borgzeile oder deren Raum 25 Pfg., Reklamezeile 70 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt nach Bereinbarung. — Das Gesetz für Konkurse, bei gerichtlicher Beitreibung der Beträge oder bei Nichterfüllung der Bedingungen fällt jeder Rabatt und tritt der Grundgebührenpreis von 25 bezw. 70 Pfg. in Kraft.

Verbreitetstes Publikations-Organ für Bad Warmbrunn und Umgegend

Schriftleitung, Druck und Verlag: Paul Fleischer, Warmbrunn, Buchdruckerei, Boigtsdorferstr. — Fernsprecher 115. — Telegramme: Nachrichten. — Postscheckkonto Breslau 5355.

Nummer 292 | Freitag, den 13. Dezember 1918. | 36. Jahrgang

Die eigne Scholle.

Die jetzt aus dem Felde heimkehrenden Truppen finden eine neue, völlig umgestaltete Heimat. Handel und Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft liegen darnieder oder sind völlig vernichtet, die Finanz- und Volkswirtschaft steht vor den schwierigsten Aufgaben, deren Lösung dadurch erschwert wird, weil niemand weiß, wie schwer uns schließlich die Feinde in ihren Friedensbedingungen belasten werden. Daneben aber reckt das Gespenst der Arbeitslosigkeit drohend sein Haupt.

Als man, noch auf der Höhe der Erfolge, die Demobilisierungspläne entwarf, spielte die Siedlungsfrage eine große Rolle; denn man war sich darüber klar, daß die Rückführung der Arbeitskräfte aus Rüstungsbetrieben und aus der Front angesichts des Rohstoffmangels, der verminderten Kaufkraft und Kauflust und nicht zuletzt infolge der weltpolitischen Lage sich kaum restlos durchführen lassen werde. Es war also naheliegend, den Strom der Rückkehrenden, die keinen selbständigen Erwerb hatten, nach Möglichkeit auf das Land abzulenken und damit zugleich eine Frage zu lösen, die im Reichstag wie in den Landtagen verschiedener Einzelstaaten schon oft heiß umstritten gewesen ist.

Der Gang der Ereignisse hat die Lösung der Siedlungsfrage brennend gemacht, die neue Reichsregierung hat mit ihrer programmatischen Ankündigung der Aufteilung des Großbetriebes ihr eine breite Grundlage gegeben. Im Volke findet der Plan durch Aufteilung eines Drittels des Großgrundbesitzes zugunsten der heimgekehrten Krieger kaum nennenswerten Widerstand und alle neuen Parteien mit Einschluß der Deutschnationalen Volkspartei haben in die Richtlinien ihres Parteiprogramms die Forderung einer großzügigen Siedlungspolitik zur Schaffung von Bauernland aufgenommen. Es könnte also scheinen, als sei diese einst heißumstrittene Frage nun plötzlich auf dem Wege zu ihrer bestmöglichen Lösung. Indessen wird der Volkswirt, der Kenner der landwirtschaftlichen Eigenart, nicht umhin können, einige Bedenken zu äußern. Nicht etwa gegen die Siedlungspolitik oder die Aufteilung des Großgrundbesitzes an sich, sondern gegen die geplante Ausführung.

Will man ein Dritteil des Großbesitzes für Siedlungszwecke aufteilen, so wird damit der Bedarf an Siedlungsland bedeutend überschätzt; denn der Krieg hat sicher der Landflucht nur in gewissem Sinne ein Ziel gesetzt, und wenn erst wieder normale Verhältnisse eingetreten sind, so wird der Zug zur Stadt sich auch weiterhin geltend machen, selbst wenn die politischen und sozialen Verhältnisse der Landarbeiter und der Landbevölkerung von Grund aus umgestaltet werden. Natürlich würde sich mancher heimkehrende Krieger, wie überhaupt mancher Städter ganz gern in eine fertige Landwirtschaft mit gutfundiertem Betrieb setzen. Hier aber handelt es sich nicht um die Verteilung von Bauernhöfen, sondern um die Verteilung von Ackerland, mit dessen Zuweisung allein den neuen Landbewohnern nicht gedient ist. Ebenso wichtig ist selbstverständlich das lebende und tote Inventar (Gebäude, Geräte, Vieh), das leider gerade jetzt schwer zu beschaffen sein dürfte.

Selbst aber, wenn die Regierung bereit und in der Lage sein sollte, alle diese Hemmnisse zu beseitigen, so wird der Neuangesiedelte doch immer noch tausend Schwierigkeiten finden, besonders dann, wenn seine landwirtschaftlichen Kenntnisse nicht groß genug sind, um einen Betrieb rationell zu bewirtschaften. Es soll und darf also nicht allein der Zweck sein, Krieger auf dem Lande abzusetzen, damit sie als Arbeitslose nicht die Stadt bevölkern, sondern es muß vor allem darauf gesehen werden, Dauerexistenzen zu schaffen, und zugleich, angesichts unserer wirtschaftlichen Notlage, die Vergeudung oder Verminderung von Produktionswerten zu vermeiden. Deshalb darf keineswegs schematisch nach irgendeiner fiskalischen Formel die Aufteilung des Drittels vorgenommen, es muß vielmehr eine sorgsame Auswahl getroffen werden. Es hieße unserer Landwirtschaft und damit der gesamten Volkswirtschaft schweren Schaden zufügen, wollte man einen ertragreichen, durch die Produktionsweise seines Eigentümers ausgezeichneten Großgrundbesitz aufteilen, um 20—30 Klein-Wirtschaften daraus zu machen, deren Gesamtertrag weit hinter dem des Großbetriebes zurückbliebe.

Es gilt also gut bewirtschafteten, in der Produktion bewährten Großgrundbesitz zu schonen. Dagegen ist ein geeignetes Objekt zur Aufteilung der sog. Wechselbesitz, der, besonders während des Krieges, ja lediglich der Spekulation diente. Wird er verstaatlicht und als Siedlungsland vergeben, so ist weder ein Produktionswert, noch ein an der Scholle hängender Besitzer geschädigt. Der Staat aber hat die Möglichkeit, den Kriegsgewinn, der hier durch Bodenspekulation erzielt ist, restlos zu erfassen. In zweiter Linie aber kommen schlecht bewirtschaftete Betriebe in Frage, in denen durch Schuld der Besitzer die Durchschnittsproduktion nicht erreicht oder nicht wesentlich überschritten wird. Endlich darf nicht vergessen werden, daß unsere weiten Moore teilweise vortrefflich als Siedlungsland geeignet sind.

Ist dergestalt einmal die Siedlungsfrage — bereits sehr spät — in Angriff genommen, so wird man in der Aufteilung des Großgrundbesitzes weitere Schritte tun und an die Schaffung von Bauernland (Kleinbetrieb für Landarbeiter) gehen können. Auf die gewonnenen Erfahrungen wird man fußen und so weiten Kreisen der Landbevölkerung, wie jetzt der Krieger, die eigene Scholle schaffen können.

Gefährliche Loslösungsbestrebungen.

Eingreifen der preußischen Regierung.

Die aus West und Ost immer drohender werdende Gefahr, daß sich wichtige und weite Gebiete vom Deutschen Reiche abtrennen wollen, ist in den letzten Tagen unverkennbar bedeutend gewachsen. Aus diesem Grunde nimmt nun auch die preußische Regierung öffentlich dazu Stellung:

Berlin, 11. Dezember.

Die preußische Regierung weist darauf hin, daß Abtrennungsbestrebungen das Gemeinwohl gefährden und deshalb mit allen zu Gebote stehenden Mitteln bekämpft werden müssen. Dies gilt insbesondere auch für diejenigen gemischtsprachigen Landesteile Preußens, über deren staatliche Zugehörigkeit erst durch den Friedensvertrag Bestimmung getroffen werden wird. Im übrigen wird über die künftige staatsrechtliche Gestaltung Preußens durch die Nationalversammlung entschieden werden.

Was in Paris und London getrieben wird, ist lediglich vom Haß gegen Deutschland diktiert, und es wird höchste Zeit, daß diesem, auf den Untergang Deutschlands gerichteten Treiben irgendwie ein Ende bereitet wird. In dieser Hoffnung wird man obige Äußerungen mit Genugtuung begrüßen dürfen. Wie weiter verlautet, wird Amerika auch niemals der Annexion des linken Rheinufers durch Frankreich zustimmen.

Die eigentliche Friedenskonferenz.

Nach Schweizer Meldungen aus Paris soll nun die eigentliche Friedenskonferenz doch in Versailles und nicht in Paris zusammentreten. Der große Versailler Kongreßsaal wird bereits für die Konferenz hergerichtet. Über den Gang der Verhandlungen verlautet, daß die Verbündeten zunächst in der zweiten Dezemberhälfte nochmals zu einer Vorberatung über die Friedensbedingungen in Paris zusammentreten. Die eigentlichen Friedenskonferenzen beginnen dann im Januar, und zwar wollen die Verbündeten zunächst unter sich die Bedingungen aufsetzen, und sie erst dann den feindlichen Vertretern vorlegen.

*

Auferstehung von Kurpfalz?

Aus Karlsruhe kommt eine als zuverlässig bezeichnete Mitteilung, daß sich im nördlichen Teile Badens Bestrebungen bemerkbar machen, die auf nichts Geringeres hinauslaufen, als auf eine Zertrümmerung des durch die Verfassung im Jahre 1818 festgelegten Grundsatzes der Unteilbarkeit und Unveräußerlichkeit Badens in allen seinen Teilen. Es handelt sich um die Abtrennung des ehemals kurpfälzischen Gebietes des Landes. Wie versichert wird, sollen Kräfte am Werke sein, die sich um eine Wiedervereinigung aller ehemaligen Gebiete der Kurpfalz bemühen. Ein Bürgermeister einer badischen Mittelstadt soll dieser Aufgabe mit besonderem Eifer durch Anfertigung und Versendung von Rundschreiben, sich gewidmet haben.

Auflösung der hessischen ASR.

Der hessische Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat hat sich freiwillig aufgelöst. An seiner Stelle wird ein Volksrat für die Republik Hessen gebildet. Dieser Volksrat stützt sich auf alle Bevölkerungsschichten der Republik Hessen, die auf dem Boden der Republik und der Demokratie stehen. Es wird angenommen, daß die Auflösung mit der bekannten Forderung der Entente, alle ASR abzuschaffen, da man sonst nicht in Friedensverhandlungen mit Deutschland eintreten könne, zusammenhängt.

Ein Aufruf an das deutsche Volk.

Die Reichsregierung und Loslösungsbestrebungen.

Berlin, 11. Dezember.

In einem Aufruf an das deutsche Volk wenden sich die Volksbeauftragten der Reichsregierung gegen die Loslösungsbestrebungen im Westen und sagen darin u. a.:

Aufs entschiedenste aber legen wir im Namen des deutschen Volkes und der deutschen Revolution Verwahrung ein gegen Bestrebungen, wie sie in Köln zutage getreten sind. Die Einheitlichkeit des Reichs wird nicht „gewahrt", sondern gefährdet durch die völlig grund- und beweislosen Behauptungen, es bestehe die „völlige Unmöglichkeit, in Berlin eine geordnete Regierung zu schaffen". Vielmehr sind die Kölner Beschlüsse einseitig und im höchsten Grade geeignet, die Zusammenfassung aller Kräfte der Heimat in dieser schweren Übergangszeit vom Krieg zum Frieden ganz erheblich zu hindern und zu schwächen.

Die Volksbeauftragten sind deshalb gewiß, daß auch in Rheinland-Westfalen die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung sich entschlossen gegen jeden Versuch zur Abtrennung wendet. Wir fordern die Bevölkerung des gesamten Deutschen Reiches und ihre provisorischen politischen Behörden auf, sich wie ein Mann mit uns zur Abwehr aller Zersplitterungsversuche offener oder versteckter Art zu vereinigen und dementsprechend zu handeln.

Die Entente gegen Italien.

Niederholung der italienischen Kriegsflagge.

Wien, 11. Dezember.

In Pola ist eine Flotte französischer, englischer, amerikanischer und japanischer Kriegsschiffe eingelaufen unter Führung eines amerikanischen Admirals. Dieser erkundigte sich, warum die südslawischen Kriegsschiffe bloß die italienische Flagge und nicht auch die Flaggen sämtlicher Verbündeten führen. Auch in anderer Hinsicht wollen die Italiener keineswegs die Rechte der befreiten Südslawen achten. Das Ergebnis der Verhandlungen mit den italienischen Befehlshabern war folgendes:

Auf den südslawischen Kriegsschiffen, einschließlich der großen Panzerschiffe „Tegetthoff" und „Prinz Eugen" und auf sechs mit Kriegsmaterial beladenen südslawischen Schiffen, welche von den Italienern in italienische Häfen geschleppt waren und nunmehr nach Pola zurückfahren mußten, wurde die amerikanische Flagge gehißt. Das Admiralschiff „Lacorma" führt nur die südslawische Trikolore.

Das Kommando in Pola übernimmt der amerikanische Admiral, da die Vereinigten Staaten im Mittelmeer am wenigsten interessiert sind und den Londoner Pakt nicht unterzeichnet haben. Dies Verfahren ist zweifellos eine schwere Kränkung der Italiener durch ihre Bundesgenossen und dürfte in Rom peinlich empfunden werden.

Verräter am Hofe Kaiser Karls.

Enthüllungen Czernins.

Wien, 11. Dezember.

Der frühere österreichische Außenminister hat sich entschlossen, für das künftige Abgeordnetenhaus zu kandidieren. Vorher wird er mit Aufsehen erregenden Enthüllungen vor die Öffentlichkeit treten. Schon jetzt weist er darauf hin, daß in der Umgebung des früheren Kaisers Karl Personen waren, die auf ehrlosen Verrat an Deutschland sannen, was er und Tisza nicht mitmachen wollten. Auch wird er mitteilen, warum er sich nach den Enthüllungen des Sixtus-Briefes zurückzog, und das wird nicht die geringste Sensation in seiner Rede sein. Endlich weist Czernin nochmals darauf hin, daß er im Herbst 1917 Hindenburg und Ludendorff erklärt habe, Deutsch-Österreich stehe dicht vor dem Zusammenbruch, und daß ihm darauf erwidert wurde, falls Österreich einen Sonderfrieden suche, werde Deutschland gezwungen sein, sich dem mittels Gewalt zu widersetzen.

Schwere Gegensätze bei der Entente.

Wilson und der Imperialismus.

Der bekannte Freund und Berater Wilsons, Oberst House, der wohl als zuverlässige Quelle gelten darf, läßt sich über die kommende Neuordnung in Europa und den Frieden folgendermaßen aus:

Wilsons Programm besteht darin, die amerikanische Stimme durch seinen Einfluß den liberalen völkerfreundlichen Strömungen innerhalb der Entente zur Verfügung zu stellen. Daß in London und Paris radikale und **imperialistische Tendenzen** im Kampfe miteinander liegen, ist kein Geheimnis. Wir hoffen, daß unsere militärische Macht genügen wird, um **der Vernunft die Oberhand** zu sichern. Die verbreiteten Gerüchte, denen zufolge die Länder in den Besprechungen der letzten Tage einen englisch-französisch-italienischen Oppositionsblock gegen Wilson zustande gebracht hätten, erscheinen mir vollständig aus der Luft gegriffen. Amerika würde an einem **Gewaltfrieden** im alten Stil, etwa in der Form des Friedens von Brest-Litowsk nicht teilnehmen. Amerika würde ihn nicht unterzeichnen und einen moralischen Protest erheben, und der Liberalismus der ganzen Welt würde sich einem solchen Protest anschließen.

Die Regierung hat demzufolge alle preußischen Behörden angewiesen, sich unweigerlich nach den obigen Vorschriften zu richten, allen zuwiderlaufenden Eingriffen unnachsichtlich entgegenzutreten und sofort Meldung nach Berlin zu erstatten.

Verschiedene Meldungen.

Basel, 11. Dez. Wie aus Straßburg gemeldet wird, wurde Poincaré auf einem Spaziergange durch die Stadt von mehr als zehntausend Menschen begleitet. Am Bahnhof wurden sie begeistert gefeiert.

Washington, 11. Dez. Amerika hat eine Mitteilung nach Berlin und Wien gerichtet, daß die Vereinigten Staaten keine Note mehr zu erhalten wünschen. Alle Mitteilungen müßten an alle Alliierten zugleich gerichtet werden.

Hamburg, 11. Dez. Die englischen Torpedobootzerstörer „F 14", „Venitia", „F 16", „Verdun" trafen in Cuxhaven ein.

Basel, 11. Dez. Unmittelbar nach Abschluß des Friedens soll zwischen den Alliierten und den Mittelmächten eine Internationale Weltkonferenz sämtlicher Mächte, auch der neutralen, einberufen werden zum Zwecke des Anschlusses an den Völkerbund.

Beleidigungen unserer Unterhändler.

Geradezu skandalöses Verhalten der Belgier.

Spaa, 11. Dezember.

Die deutsche Waffenstillstandskommission hat eine höchst energische Protestnote an die Entente gerichtet über die unerhörten Übergriffe, die sich die Belgier zuschulden kommen lassen. Etwa 80 höhere Beamte wurden in Brüssel in zwei Kasernenzimmern ohne Betten zusammengepfercht. Auf der Straße wurden sie von Schutzleuten und Soldaten mit dem Ruf beschimpft: „Ihr deutschen Schweine, seid ihr da? Euch müßte man kaputt machen!“ Ein Schutzmann rief: „Platz für die schmutzigen Boches, nach Paris damit!“ Außer einem warmen Mittagessen gibt es keinerlei, auch kein Brot. Deutsche Noten zu 50 Mark werden nirgendwo angenommen. Deutschland hat um Bestrafung der näher bezeichneten der Schuldigen gebeten.

Deutsch-tschechisches Handelsabkommen.

Gegenseitige Lieferung von Nahrungs- und Gebrauchsmitteln

Dresden, 11. Dezember.

Zwischen der deutschen und der tschecho-slowakischen Regierung ist eine provisorische Vereinbarung über eine Reihe dringender Fragen getroffen worden, die zunächst bis zum Abschluß des Friedens Geltung haben soll. Die Hauptbestimmungen lauten:

Nach den Vereinbarungen liefert Deutschland der tschecho-slowakischen Republik monatlich 10 000 Tonnen Steinkohlen und Koks, wovon mindestens 7500 Tonnen in Steinkohle geliefert werden sollen. Die Regierung der tschecho-slowakischen Republik stellt dafür monatlich 70 000 Tonnen Braunkohle Deutschland zur Verfügung. Die tschecho-slowakische Republik wird die Ausfuhr von mindestens 50 Tonnen Marmelade und 50 Tonnen Pflaumenmus nach Deutschland gestatten. Soweit zur Ausfuhr verfügbare Mengen getrockneten Obstes vorhanden sind, will die tschecho-slowakische Republik der Ausfuhr nach Deutschland kein Hindernis in den Weg legen. Ebenso kann nach Deutschland Kaolin, Graphit, Grubenholz, Nutzholz geliefert werden, ferner werden monatlich 26 Waggons Hartblei für Deutschland freigegeben.

Die deutsche Regierung gibt dafür Maschinen und Maschinenteile zur Ausfuhr nach Böhmen frei, die vor dem 18. Mai d. J. bestellt und bezahlt worden sind. Für deutsche Lieferungsaufträge wird umgekehrt die gleiche Freigabe erfolgen. Ferner ist Deutschland bereit, möglichst große Mengen von Chemikalien abzugeben, dann auch Kali zur Frühjahrsdüngung, weiter Karbid, Zink und Aluminium nach Möglichkeit.

Beide Regierungen sind bereit, in ihrem Gebiete liegende Schiffe des anderen Teiles samt ihren Ladungen freizugeben. Soweit im Gebiete des einen Teiles Waren des anderen Teiles beschlagnahmt sind, soll ihre Freigabe unverzüglich erfolgen. Der Eisenbahnverkehr soll unter Zusicherung gegenseitigen Wohlwollens demnächst geregelt werden. Durchfuhranträge werden wohlwollend und schnell geprüft und erledigt. Jedenfalls soll die Durchfuhr von Kohle, Koks und Brennstoffen wechselseitig frei sein.

Wird der Reichstag einberufen?

Ernste Beratungen im Schoße der Regierung.

Berlin, 11. Dezember.

Angesichts der Tatsache, daß die Alliierten mit dem ASR nicht verhandeln wollen, schweben, wie ein oft gut unterrichtetes Berliner Blatt wissen will, innerhalb des Kabinetts Verhandlungen darüber, den Reichstag wieder einzuberufen, um der gegenwärtigen Regierung eine parlamentarische Grundlage zu geben. Schon jetzt könne gesagt werden, daß die Regierung notgedrungen die Konsequenzen aus dem Verhalten der Entente wird ziehen müssen. Man rechnet in unterrichteten Kreisen damit, daß der Reichstag bereits Anfang nächster Woche zusammentritt.

Die Entente hat bekanntlich schon über vier Wochen, seit Einführung der ASR, keinen direkten diplomatischen Verkehr mehr mit Deutschland gepflogen. Man erwartet, daß bei den in Trier beginnenden Beratungen über die Verlängerung des Waffenstillstands eine ultimative Forderung der Entente auf Schaffung einer gesetzlichen Basis für die Reichsregierung gestellt werden wird.

Der Reichstag soll eingreifen.

Wie in Köln so macht sich auch in Koblenz eine Gegenströmung geltend. Der Koblenzer Oberbürgermeister fordert vom Reichstagspräsidenten Fehrenbach ebenfalls die sofortige Einberufung des Reichstages nach Kassel oder Koblenz. In einer Sitzung des Arbeiterrates wies er außerdem die kultur- und religionsfeindlichen Bestrebungen des Kultusministers Hoffmann zurück und bedauerte, daß dadurch die Loslösungsbestrebungen im Rheinland gefördert würden. Aus vollkommen sicherer Quelle teilte er mit, es stehe fest, daß Frankreichs Absichten auf die Einverleibung des ganzen linken Rheinufers hinzielten.

Frankreich gegen den Achtstundentag.

Die französische Diktatur im Saarrevier.

Frankfurt a. M., 11. Dezember.

Nach Meldungen aus dem Saarrevier hat die dortige französische Besatzung den Achtstundentag für Bergarbeiter aufgehoben, mit der Begründung, daß sowohl in Frankreich wie in Deutschland Kohlennot herrsche, namentlich aber, weil die französischen Bergarbeiter auch 10 Stunden arbeiten müßten. Auf den Einwand, daß in der Pfalz die Achtstundenschicht bereits eingeführt sei, erwiderte der französische Befehlshaber, daß sie abgeschafft würde, sobald die Franzosen in der Pfalz eingerückt seien. Er könne die Achtstundenschicht nicht einmal in Aussicht stellen, wenn jedoch die Bergleute Kohlen lieferten, würde auch die Versorgung mit Lebensmitteln für die Bergleute gut werden. — Umgekehrt verlangen die Gewerkschaften in Paris die sofortige Einführung des Achtstundentages.

Westdeutsche Nöte.

(Von einem gelegentlichen Mitarbeiter.)

Erzmangel und Arbeitslosigkeit. — Schwer- und Kleineisenindustrie. — Gegensätze. — Das Trugbild einer westdeutschen Republik. — Der Ruf nach Ordnung, Brot und Arbeit.

t. **Hagen i. W.,** im Dezember.

Die Empfindlichkeit unseres Wirtschaftslebens und das im Zeitalter des neu betonten Klassenkampfes trotzdem eng verflochtene Interesse von großer Politik und Wirtschaftspolitik, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerinteressen, wird am deutlichsten und schroffsten in den Sitzen alter Industrie offenbar. Wenn, um nur ein Beispiel anzuführen, im westlichen Industriegebiet der Gegner die Webereibezirke von Krefeld und das Industriegebiet von Düsseldorf besetzt hält, vor den Toren Solingens und Remscheids steht und Dortmund, Bochum und Essen, die Hochburgen unserer Kohlen- und Stahlerzeugung, Hagen, Iserlohn und Lüdenscheid, die Hauptorte der Kleineisenindustrie mit einer hoch qualifizierten, bodenständigen Arbeiterschaft bedroht, so genügt das allein, um die industrielle Entwicklung lahmzulegen.

Der ganze nicht besetzte industrielle deutsche Westen ist trotz aller Anstrengungen einzelner, trotz oft und gerade im Kampfe auf dem Weltwirtschaftsmarkt bewiesener Tatkraft einfach nicht in der Lage, unter den gegenwärtigen Umständen den Übergang von der Kriegs- in die Friedenswirtschaft vorzunehmen, ohne daß gerade die Arbeitermassen darunter litten. Denn es fehlt an allen Orten. Die Kohlenerzeugung ist, einmal, weil als Ersatz für die Kriegsgefangenen heimgekehrte Feldgraue noch nicht in genügender Anzahl eingestellt werden konnten, in manchen Bergamtsbezirken um über 100 000 Tonnen täglich gesunken. Dazu tritt der Mangel an Erzen. In den rheinisch-westfälischen Hochöfen wurde durchschnittlich 80 % lothringisches Erz verhüttet. Das fehlt, ebenso wie das spanische und schwedische. Und das bedeutet: Stillegung der Werke, Streiks, Einrücken des Feindes. Schon steigen die Ziffern der Arbeitslosen. Die Kruppschen Werke entließen allein 30 000 Mann. Insgesamt dürften, wenn nicht bald irgendwelche Sicherungen für die Aufrechterhaltung der Industrie geboten werden, die jetzt knapp hunderttausend Arbeitslose ein grollendes Halbmillionenheer werden, eine auf engem Raum zusammengepreßte, verzweifelte, hungernde Menschenmasse. Mehr als von Berlin hängt die künftige Entwicklung Deutschlands vielleicht von der Lage in den großen Industriezentren ab. Haben die in Solingen und Bochum, Remscheid und Dortmund mit Hochdruck arbeitenden Spartakusleute erst durch die allgemeine Notlage ein Heer Verzweifelter gewonnen, dann schwemmt die Sturmflut alles das hinweg, was Generationen von Arbeiter- und Arbeitgeberfamilien mühsam aufbauten.

Noch ist es nicht so weit, und eine nicht mit Schlagworten arbeitende Regierung vermag sehr wohl das Chaos zu bannen. Einmal ist gerade der rheinisch-westfälische Industriebezirk der Sitz einer hochentwickelten und historisch langsam gewordenen, also wurzelechten Kultur, der sich gerade die alten Arbeitgeber- und Arbeiterfamilien in den Tälern der Wupper, Ruhr, Volme und Ennepe sehr bewußt sind. Diese Überlieferung hat bis zu einem gewissen Grade auch die in den letzten Jahrzehnten eingewanderten fremden Arbeitermassen in den Ring einbezogen. Dann aber ist selbst das eigentliche Gebiet der Schwerindustrie von einem Gürtel umgeben, in dem die Kleinindustrie mit einer bodenständigen Schicht gelernter Arbeiter sitzt. Hinzu kommt schließlich noch, daß im ganzen Bezirk das rheinische leicht entflammbare Blut auf das am Alten hangende und jedem Schreier kühl begegnende niedersächsische Blut der Westfalen stößt. Aus diesem Gegensatz heraus erklärt sich auch die kühle Aufnahme des von Köln aus lebhaft ausposaunten Planes, eine westdeutsche Republik zu bilden. Im Rheinland selbst hat man stets das Gefühl gehabt, „anders“ zu sein als Preußen. Auch dem westfälischen Niedersachsentum ist — genau wie dem hannöverschen oder dem der Hansastädte — das Berlinertum wesensfremd geblieben, jenes Berlinertum, das im preußischen Assessor oder Gardeleutnant oder ostelbischen Landrat den Massen sinnfällig war. Aber diese Abneigung überträgt sich jetzt auch — und zwar sehr stark — gegen den Zentralismus der „neuen“ Berliner Regierung und die letzten Ereignisse in Berlin, das radikale Gebahren der Liebknecht und Konsorten sind gerade im Westen dem Gedanken des Zusammenwaltens — der noch immer mächtig ist — nicht förderlich gewesen. Eine radikale Regierung in Berlin wird den Westen niemals hinter sich haben, aber auch Kölner Partikularisten werden niemals im Industriegebiet den Resonanzboden finden, den sie aus mancherlei Interessen heraus zu gewinnen suchen. Alle diese Strömungen, wie der Spartakusismus in den Arbeitermassen, die Los-von-Berlinrufe der Kölner, sind bisher allzu schwach, um größere Massen mitzuziehen. Trügt nicht alles, so findet eine Berliner Regierung, die nicht allein mit Berlin, sondern mit den Bedürfnissen der Massen im Reiche rechnet, auch den Westen hinter sich, wenn sie so schnell wie möglich Ordnung und Gleichgewicht herstellt.

Im Westen fordert alles die Nationalversammlung, alles versteift sich darauf, in geordneten Verhältnissen Arbeit und nochmals Arbeit und damit Brot zu erhalten. Das ist der Ruf der feldgrauen Massen, die jetzt zu hunderttausenden im Industriegebiet heimkehrten. Gewährt eine Berliner Regierung diesem Ruf kein Gehör, kommt es nicht zur baldigen Nationalversammlung und zu einem Friedensschluß, der einigermaßen Raum für arbeitslustige Arme läßt, dann allerdings werden Berliner Radikale erleben, daß der Westen nicht jenen Herostraten folgt, deren Selbstsucht und Dünkel ein Reich von 70 Millionen in den Abgrund zerren möchten, in dem bereits Rußland versank.

Russische „Sozialisierung“.

Was bis jetzt erreicht und nicht erreicht wurde.

Aus mehr als einem Grunde ist die Entwicklung der Dinge in Rußland für uns äußerst wesentlich. Einmal, weil die Einwirkung des Bolschewismus auf Politik und Wirtschaftsleben für uns ein Experiment darstellt, je nachdem, zur Beachtung oder zur Warnung, und zweitens, weil Deutschland, komme es, wie es wolle, auf Rußlands Bodenschätze und landwirtschaftliche Erzeugnisse angewiesen sein wird — letzteres vermutlich mehr als früher. Nun ist ja natürlich den großrussischen Zeitungen, die selbstverständlich bolschewistisch schreiben müssen, nicht viel zu entnehmen, aber die Blätter der Ukraine, z. B. „Kiewskaja Mysl“ und „Finanssowy Journal“, geben unparteiische Aufschlüsse und sogar schlagende offizielle Statistiken.

Die „Sozialisierung“ der Betriebe ist in Rußland schon recht vorgeschritten. Der Vorgang ist recht einfach. Ein Regierungsdekret erklärt diese oder jene Fabrik, dies oder jenes Bergwerk usw. zum Volkseigentum, der bisherige Besitzer, die Aktiengesellschaft oder wie die Firma nun heißt, wird ohne Entschädigung enteignet. Meist (nicht immer) wird dann die alte Verwaltung abgesetzt und ein Fabrikskomitee von Angestellten und Arbeitern gewählt, das dem Obersten Wirtschaftsrat in Moskau und der entsprechenden Zentralstelle unterstellt ist. Solche Zentralstellen sind: „Zentrometall“ für die Metallindustrie, „Zentrokoscha“ für Lederindustrie, „Zentrosachar“ für Zucker, „Zentromylo“ für Seifenindustrie usw. In vielen Fällen hat man zu dem Mittel einer vorläufigen Beschlagnahme gegriffen, indem man das Unternehmen zwar als Nationalbesitz erklärt, die bisherigen Besitzer aber als Pächter gewissermaßen weiterarbeiten läßt. In solchem Falle ist praktisch eigentlich, bis der Staat endgültig zugreift, nichts geändert, nur dürfen die Betriebe nicht mehr verkauft, aufgeteilt, belastet oder sonstwie wesentlich verändert werden. Die Unsicherheit der Lage, die Gefahr der Enteignung, Verhaftung und Erschießung hat in solchen Fällen freilich die Besitzer meist veranlaßt, recht bald das Weite zu suchen.

Durch ein Dekret sind nun durchgehends alle größeren Betriebe Rußlands (außer der Naphtha-Industrie, den Versicherungsgesellschaften und einigen kleineren Zweigen) dieser Regelung theoretisch unterworfen. Nach amtlicher Statistik waren im September d. Js. bereits 513 Industrie-Unternehmungen tatsächlich in sozialistische Verwaltung übernommen, die Hälfte davon sind Bergwerke, dann kommen chemische Betriebe, Unternehmungen der Nahrungsmittel-Industrie, Papierfabriken usw. Der Rest befindet sich im Übergangsstadium.

Und die Erfolge? Sie sind wahrhaft erschütternd. Überall ist der Ertrag außerordentlich zurückgegangen. Die Einnahmen bleiben hinter den Ausgaben zurück, obwohl die Fabriken mit Einrichtung und Rohstoffen ohne Ersatz übernommen wurden. Schon im ersten Vierteljahr dieses Jahres mußte der Staat 433 Millionen Rubel zuzahlen, und jetzt werden diese Zuschüsse mindestens schon die Summe einer Milliarde erreicht haben. Der bekannte baltische Volkswirtschaftler Adolf v. Vogel sagt angesichts solcher Erfolge treffend: Die Moskauer Sowjet-Regierung hat aus der russischen Industrie eine Armenanstalt gemacht, in der die Arbeiter verpflegt werden, ohne daß Einkünfte zu erwarten sind!

Freilich wirkt auch Mangel an Rohstoffen mit, aber die Leinenindustrie und die weitere Textilindustrie, der es an Rohstoffen durchaus nicht fehlt, leidet genau so. Wo sich noch privatwirtschaftliche Betriebe in Rußland gehalten haben, stehen diese bedeutend günstiger. Und wenn teilweise in der Ukraine sich Mißstände zeigen, wie die Zerrüttung des gesamten Eisenbahnwesens, so sind auch das Folgen der bolschewistischen Invasion, die gerade lange genug währte, um die Werke und Fabriken auf das empfindlichste zu schädigen. In manchen Beziehungen sind die Verhältnisse in Großrußland sogar günstiger als in der Ukraine — und trotzdem das klägliche Ergebnis.

K. M.

Schlußdienst.

[Draht- und Korrespondenz-Meldungen.]

Reichstag oder nicht?

Berlin, 11. Dez. Von der Reichskanzlei wird erklärt, daß die Gerüchte über eine Einberufung des Reichstages „völlig in der Luft schweben“. Bis zur Stunde sei jedenfalls noch keine Nachricht eingegangen, daß die Entente in Trier eine derartige Forderung formulieren werden. Die deutsche Regierung stände nach wie vor auf dem Standpunkt, daß der Reichstag de facto nicht mehr bestehe, und dies sei eine Tatsache, mit der auch die Ententeregierungen rechnen müßten.

Die Friedenskonferenz nicht vor Neujahr.

Lugano, 11. Dez. Nach den Informationen der italienischen Presse brachte Clemenceau auf den Londoner Verhandlungen den Antrag ein, den Beginn der Friedenskonferenz zu verschieben, um Deutschland Zeit zur Einberufung der Nationalversammlung zu lassen, **da die Entente-Regierungen auf dem Friedenskongreß wissen müßten, mit wem sie verhandeln. Der Beginn der Konferenz ist nicht vor Neujahr zu erwarten.**

Frühere Wahlen in Württemberg.

Stuttgart, 11. Dez. Die Provisorische Regierung hat heute die Vorverlegung des Wahltermins für die Verfassunggebende Landesversammlung auf den 12. Januar beschlossen.

Die „Möve“ in Danzig.

Danzig, 11. Dez. In dem Augenblick, als die beiden englischen Hilfskreuzer den Hafen verließen, lief der durch seine große Kreuzfahrt berühmte Hilfskreuzer „Möve“, von Libau kommend, mit Truppen und Flugzeugen an Bord ein. Es werden auch größere Truppentransporte aus Finnland erwartet.

Republik Thüringen.

Erfurt, 11. Dez. **Die hier versammelt gewesenen Vertreter der ASR Mitteldeutschlands beschlossen, das von ihnen vertretene Gebiet zu einem Staate Thüringen als Teil der Einheitsrepublik Deutschland zusammenzufassen. Alles weitere soll ein von Vertretern der thüringischen Staaten und Preußens zu bildender Ausschuß sobald als möglich vorbereiten.**

Umwandlung des Militärkabinetts.

Berlin, 11. Dez. Das seit dem 28. Oktober 1918 dem preußischen Kriegsminister unterstellte Militärkabinett führt in Zukunft die Bezeichnung: Personalamt (abgekürzt P. A.) im Kriegsministerium. Alle Angelegenheiten der Armee, deren Bearbeitung bisher dem Militärkabinett zufiel, gehören weiter zum Geschäftsbereich des Personalamts im Kriegsministerium. Eingaben sind an das Kriegsministerium (K.M., P.A.) in Berlin W 8, Behrenstraße 66, zu richten.

Wir sollen zahlen bis zum Weißbluten!

London, 11. Dez. Lord Robert Cecil sagte in einer Versammlung, die einzige befriedigende Regelung würde sein, daß die Alliierten feststellen, wie viel Deutschland zahlen könne, daß sie die betreffende Summe verlangen und unter diejenigen der Alliierten, die darauf Anspruch haben, verteilen. Ein Unterschied zwischen Wiedergutmachung, Kompensation und Kriegsentschädigung sollte nicht gemacht werden. Deutschland müsse bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit zahlen.

Prinz Eitel Bevollmächtigter Wilhelm II.

Berlin, 11. Dez. Der frühere Kaiser Wilhelm II. hat seinem zweiten Sohn Eitel Friedrich Vollmacht erteilt, ihn in allen Angelegenheiten des ehemals königlichen Hauses zu vertreten.

Die Bolschewisten im Baltikum.

Königsberg, 11. Dez. Infolge Abrückens der deutschen Truppen nähern sich die Bolschewisten bereits Mittellivland. Um das große Getreidegebiet und die Stadt Riga selbst zu schützen, organisiert der deutsch-baltische Nationalausschuß in Riga Landeswehr-Kompagnien, die gemeinsam mit Truppen der deutschen Republik die bolschewistischen Einfälle zurückschlagen sollen. Zahlreiche wehrfähige Balten aus Deutschland, sämtliche baltischen Kriegsfreiwilligen der deutschen Armee und andere deutsche Freiwillige treten in diese Kompagnien ein. Wird Riga nicht behauptrt, so ist auch Kurland verloren und Ostpreußen in unmittelbarer Gefahr.

Hungersnotgefahr in Sachsen.

Dresden, 11. Dez. Die Ärzteschaft faßte einen Beschluß, nachdem die durch den Minister Leptinski angekündigte Herabsetzung der Lebensmittellieferung in kurzer Zeit ein Massensterben durch Hunger herbeiführen würde.

Ausschreitungen der „Roten Garde“ in Wien.

Wien, 11. Dez. In den letzten Tagen haben die Ausschreitungen der „Roten Garde“ stark zugenommen. Es handelt sich die Einbrüche und Plünderungen.

Argentinisches Getreide für Wien.

Lugano, 11. Dez. Die argentinische Regierung hat für Wien 10 000 Waggons Mais freigegeben.

Rücktrittsgesuch Malinows.

Sofia, 11. Dez. Ministerpräsident Malinow hat sein Entlassungsgesuch eingereicht.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

✚ Der Berliner Vollzugsrat beschloß die **Entwaffnung der Frontruppen** in Berlin insoweit, als diesen die Munition abgenommen werden soll, da angeblich manche Formationen 80 000 Schuß pro Maschinengewehr mitgebracht hätten.

✚ Mit einer **Neuregelung des Mannschaftsversorgungsgesetzes** und des Rentenfestsetzungsverfahrens ist die Regierung augenblicklich eingehend beschäftigt. Es entspricht das den Erklärungen, die der Volksbeauftragte Ebert den in Berlin eingezogenen Truppen gegeben hat.

✚ Vom 1. Januar 1919 ab wird eine **Zulage an Altersrentenempfänger** in monatlicher Höhe von 8 Mark gewährt. Sie kann in dem einfachen Verfahren, das für die Gewährung der Zulagen an Empfänger einer Invaliden-, Witwen- oder Witwerrente vorgesehen ist, erhoben werden. Die Zulage ist zunächst nur für die Zeit bis zum 31. Dezember 1919 in Aussicht genommen.

✚ In der letzten Sitzung der **Sozialisierungskommission** wurden Anfragen über die Aufhebung der durch die Kriegswirtschaft eingerichteten Zwangssyndikate, über Auflösung der **Kriegsgesellschaften** und über damit zusammenhängende Tatsachen des Wirtschaftslebens gestellt. Hinsichtlich der Fragen der Kriegsgesellschaften und der Zwangssyndikate konnte der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts mitteilen, daß die Regierung nicht daran denke, diese Zwangsgesellschaften, soweit sie sich nicht durch den Waffenstillstand und die Friedensverhandlungen von selbst ausschalten, vorzeitig und ohne Grund aufzulösen.

✚ In seiner letzten Nummer wendet sich **der Vorwärts scharf gegen den preußischen Kultusminister Adolf Hoffmann.** Dieser hatte in einer Versammlung der Unabhängigen Sozialdemokraten am letzten Sonntag gesagt, wenn die Wahlen zur Nationalversammlung reaktionär ausfielen, dann würde nichts anderes übrig bleiben, als die konstituierende Nationalversammlung nach russischem Muster mit Gewalt auseinanderzujagen. Zu dieser Auslassung meint der Vorwärts: Wir müssen dazu erklären, daß wir nicht imstande sind, die Äußerung des Ministers zu decken, daß wir vielmehr genötigt sind, sie völlig preiszugeben. Wir betrachten jeden Versuch, sich gegen den Willen des Volkes aufzulehnen, als verbrecherisch und halten die Anwendung jedes Mittels zu seiner Abwehr für geboten. Wir halten die Auffassung des Ministers Adolf Hoffmann aber nicht nur für grundsätzlich verwerflich, sondern auch für dumm. Denn die Deutschen sind keine Russen, und sie würden nicht dulden, daß man ihre rechtmäßig gewählte Vertretung mit Bajoneiten auseinanderjagt. — Die Deutsche Tageszeitung bemerkt in gleicher Sache: Der preußische „Kultusminister", der in diesem Zusammenhang noch ausdrücklich von Barrikaden sprach, hat damit im voraus zu hochverräterischen Handlungen gegen das Volk und den Volkswillen aufgefordert. Wir richten die Anfrage an die Revolutionsregierung, wie lange sie einen solchen Mann noch in ihrer Mitte zu dulden gedenkt?

✚ In einem Zeitungsartikel tritt der frühere Staatssekretär des Reichsernährungsamts und jetzige Oberpräsident von Ostpreußen **v. Batocki für eine Auflösung des jetzigen preußischen Staates** ein. Der preußische Staat als solcher habe keine Daseinsberechtigung mehr, er würde vielmehr die Einheit und Geschlossenheit des Deutschen Reiches stören können. Im Bau des Deutschen Reiches sei Preußen mit seinen auf drei Fünftel des Reichsgebietes sich erstreckenden Aufgaben stets ein Fremdkörper gewesen. Bestrebungen, Rheinland von Preußen abzutrennen und zum selbständigen, mit Bayern usw. gleichberechtigten Glied des Deutschen Reiches zu machen, seien also sachlich voll berechtigt. Sie werden ohne Zweifel bei den anderen selbständigen preußischen Kultur- und Wirtschaftsgebieten Nachahmung finden. Wenn gleichzeitig lebensunfähige Kleinstaaten verschwinden, so würde sich daraus das Bild von 10 bis 15 durch das feste Band des Reiches eng verbundenen, aber trotzdem von eigenem politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Leben erfüllten deutschen Gauen bieten.

✚ Die Regierung plant, dem Vernehmen nach, eine große allgemeine **Volksfeier der Revolution am 1. Januar.** Es sollen in den Straßen festliche Umzüge, auf allen Plätzen Militärkonzerte, in den Theatern szenische, in den Sälen musikalische Veranstaltungen mit Ansprachen stattfinden. Die Darstellungen sollen keinen parteipolitischen Charakter tragen.

✚ Der Vollzugsrat des Berliner ASR hatte bekanntlich **Vertreter der russischen Sowjetregierung zur Tagung der deutschen ASR** am 16. Dezember nach Berlin eingeladen, obwohl die Regierung die Beziehungen zur Sowjetregierung abgebrochen hat. Das Kabinett der Volksbeauftragten hat über die Angelegenheit beraten. Es entschloß sich, den Russen nicht geradezu den Zutritt zu untersagen, richtete aber an sie die Bitte, von dem Besuch abzusehen. Die russische Sowjetabordnung, die sich bereits an der Grenze eingefunden hatte, dürfte nun unverzüglich nach Moskau zurückkehren.

✚ Hinsichtlich der geplanten **Sozialisierung von Betrieben** ist die mit dieser Materie betraute Kommission zu der Ansicht gekommen, daß in erster Linie jene Betriebe in Betracht kommen, in denen sich kapitalistisch-monopolistische Gewerkschaftsverhältnisse herausgebildet haben, also Kohle und Eisen, vielleicht auch Versicherungswesen und Hypothekenbanken. Auf landwirtschaftlichem Gebiet soll in die Verhältnisse der bäuerlichen Bevölkerung nicht eingegriffen werden. Dem Zugriff vorbehalten bleiben aber die Latifundien und die großen Forste. Die bisherigen Besitzer aller der Betriebe sollen durch Ablösungsrenten entschädigt werden.

✚ Die neue **Linie unseres Westheeres** verläuft jetzt folgendermaßen: Osnabrück, Lemgo, Blomberg, Fritzlar, Hersfeld, Bischofsheim, Würzburg, Mergentheim, Heilbronn, Reutlingen, Pfullendorf nördlich Konstanz. Eine auf das Ostufer der Hohenzollernbrücke in Köln vorgeschobene Feldwache wurde auf Einspruch der dort stehenden deutschen Truppe auf das westliche Rheinufer zurückgezogen. Mit Köln besteht keine Fernsprechverbindung mehr.

✚ Mit einer neuerlichen **Erhöhung der Eisenbahntarife** ist zu rechnen, da das Jahr 1918 voraussichtlich bei den preußisch-hessischen Bahnen einen Fehlbetrag von 1¼ Milliarden ergeben wird. Man denkt an einen Zuschlag bis zu 60% bei dem Güterverkehr. Beim Personenverkehr ist eine durchschnittliche Erhöhung von etwa 25% geplant, und zwar in Form einer Staffelung. Danach soll der Zuschlag betragen in der vierten Klasse 20%, in der dritten Klasse 25%, in der zweiten Klasse 35%, in der ersten Klasse 100%. Bessert sich das finanzielle Ergebnis wieder, so sollen die Zuschläge ermäßigt oder ganz beseitigt werden.

✚ Das Kriegsministerium hat **strenge Maßregeln gegen die Verschleuderung von Heeresgut** erlassen. Alle Kommandobehörden und ASR werden dringend ersucht, diesem unrechtmäßigen Verkauf mit allen Mitteln entgegenzutreten. Die unberechtigten Verkäufer und Käufer von Staatseigentum setzen sich schwerster Bestrafung aus.

✚ Über die **Verwendung der russischen Botschaftsgelder in Berlin,** die der russische Botschafter Joffe verteilt hat, gibt dieser selbst näheren Aufschluß in einem Telegramm, in dem er sagt, daß die Gelder dem jetzigen Minister Barth übergeben worden seien zum Ankauf von Waffen. Es seien zudem nicht bloß 105 000 Mark, sondern mehrere hunderttausend Mark gewesen, die er an Barth gezahlt hätte. Joffe schließt sein Telegramm mit den Worten: „Indem ich das feststellen möchte, rühme ich mich, durch diese meine Tätigkeit, die im Einverständnis mit den unabhängigen Ministern Haase, Barth und anderen geschah, auch für meine Person zum Siege der deutschen Revolution nach Kräften mitgewirkt zu haben." Soweit das Mitglied der Reichsregierung Haase in Betracht kommt, erklärt dieser die Angaben Joffes für falsch.

✚ Die in Mülheim (Ruhr) erfolgte **Verhaftung von Thyssen und Stinnes** und anderer rheinischer Großindustrieller durch den dortigen ASR geschah wegen angeblichen Landesverrats, der darin erblickt wird, daß diese in Dortmund eine Versammlung abgehalten hätten, in der Thyssen gesagt hätte, man müsse unbedingt die Ententetruppen ins Land rufen, um Ordnung zu schaffen. Die Verhafteten bestreiten, daß diese Versammlung überhaupt stattgefunden hat, sie wurden aber trotzdem nach Berlin gebracht, wo im Justizministerium über die Angelegenheit beraten wird. Dort ist man, wie verlautet, zu dem Ergebnis gelangt, der Verdacht sei unbegründet, so daß die Entlassung der Verhafteten bald erfolgen dürfte.

✚ Die Wiener Behauptung von der **Behinderung von Zufuhren nach Deutsch-Österreich** durch die bayerische Regierung ist nicht zutreffend, wie letztere erklärt: Weder eine solche noch eine ähnliche Zumutung ist jemals an die Adresse der bayerischen Regierung gelangt und würde von ihr auch nicht angenommen werden. Die weitere Behauptung, daß Kohlenvorräte, die für Deutsch-Österreich bestimmt waren, in München und Lindau beschlagnahmt worden seien, trifft, soweit es sich um München handelt, nicht zu.

✚ Über die **Mißstimmung in der Beamtenschaft** ließ sich der Schöneberger Oberbürgermeister Dominicus in einer Versammlung der Staats- und Gemeindebeamten Groß-Berlins näher aus und wandte sich gegen den „Geist des Mißtrauens und des Hasses, von dem die pflichttreu auf dem Posten gebliebene deutsche Beamtenschaft in Stadt und Staat von den ihr beigeordneten oder vorgesetzten Machthabern verfolgt und beargwöhnt werde. Sie, die neue sozialistische Volksregierung, die doch einen Fortschritt gegen das alte System bedeuten sollte, kontrolliere alles in Grund und Boden". Redner befürchtet, daß man die Beamtenschaft eines Tages überhaupt aus dem Dienste entlassen werde.

Großbritannien.

× Unter den Spinnereiarbeitern in der Gegend von Manchester ist ein **großer Streik** ausgebrochen. Berichte besagen, daß 100 000 Textilarbeiter im Lancashire-Distrikt die Arbeit niedergelegt haben, weil eine Einigung mit den Arbeitgebern über ihre neuen Lohnforderungen in Höhe von 43% ihres bisherigen Verdienstes nicht möglich war. Nur bei einigen Firmen, die die Forderungen bewilligten, wurde die Arbeit nicht niedergelegt. Die vorhandenen Rohmaterialien sind sehr beschränkt, so daß die Zahl der Arbeitslosen wahrscheinlich bald 200 000 Mann erreicht haben wird. Die Arbeitgeberverbände besitzen jeder einen Reservefonds von ½ Million Pfund Sterling, der genügen würde, den Streik 6 Monate durchzuhalten.

Holland.

× Der Ministerpräsident gab über **die Stellung der Regierung zu Wilhelm II.** nähere Auskunft. Er sagte, nach dem Thronverzicht des Kaisers könne von einer Internierung desselben keine Rede sein. Ein etwaiger formeller Antrag nach Auslieferung würde den Gesetzen nach geprüft werden. Es ist eher möglich, daß sich fremde Regierungen mit Holland in Verbindung setzen, zur Anweisung eines neuen Aufenthaltsortes für den Kaiser. Die Regierung wäre nicht abgeneigt, dem zuzustimmen, falls Holland bei den Besprechungen dieses Planes eine Stimme erhält, die mit der Ehre und Würde des Landes in Übereinstimmung steht.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 11. Dez. Die Reichsleitung trägt sich mit der Absicht, ein Volksheer zu bilden, das an die Stelle des früheren stehenden Heeres treten soll. Endgültige Beschlüsse über den Umfang der Wehr sind jedoch nicht gefaßt worden.

Berlin, 11. Dez. In der Sitzung des Vollzugsrats wurde auch die Zurückweisung der russischen Delegation für die Reichskonferenz der ASR durch die Soldatenräte der Ostfront beschlossen. Der Vollzugsrat beschloß, daß die ergangene Einladung nicht mehr aufrechterhalten wird.

Berlin, 11. Dez. Die Heeresgruppe Mackensen hat Befehl, den Rückmarsch mit der Bahn und zu Fuß fortzusetzen. Eine Reihe weiterer Formationen der Heeresgruppe ist in Deutschland eingetroffen.

Danzig, 11. Dez. In letzter Nacht versuchten englische Offiziere von deutschen Wachtposten Karabiner zu erlangen, angeblich als Andenken an Danzig. Englische Matrosen stahlen dem Magistrat gehörige Rettungsgürtel.

Leipzig, 11. Dez. Die Delegierten der ASR Leipzigs haben sich in einer Erklärung gegen die Wahlen zur Nationalversammlung ausgesprochen, solange nicht die wirtschaftliche Gleichstellung aller Volksgenossen erreicht sei.

München, 11. Dez. Der ehemalige Reichskanzler Graf Hertling wird in den allernächsten Tagen mit einer ausführlichen Rechtfertigung seiner Politik vor die Öffentlichkeit treten.

Graudenz, 11. Dez. Geheimer Kommerzienrat August Bentzki hatte seinen ganzen Betrieb zur Sozialisierung seiner Arbeiterschaft zur Verfügung gestellt. Die Arbeiter haben aber beschlossen, dieses Angebot abzulehnen, weil sie die herabgehende Konjunktur befürchten, und es für besser halten, wenn das Unternehmen in starker Hand bleibt.

Konstanz, 11. Dez. Der Konstanzer ASR hat den Vertrieb der bürgerlichen Presse in den Kasernen verboten.

Lokales und Provinzielles.

Merkblatt für den 13. Dezember.

Sonnenaufgang	8^{04}	Monduntergang	2^{21} V.
Sonnenuntergang	3^{44}	Mondaufgang	12^{47} N.

1769 Dichter Gellert gest. — 1863 Dichter Friedrich Hebbel gest. — 1915 Rückzug der englisch-französischen Truppen auf Saloniki.

□ **Über die Fürsorge für aus Kriegsgefangenschaft oder Internierung zurückgekehrte Heeresangehörige** herrscht immer noch trotz der verschiedenen Hinweise Unklarheit, die in einer vorzugsweisen Inanspruchnahme der privaten Fürsorge zum Ausdruck kommt. Die Fürsorge der Heeresverwaltung erstreckt sich in erster Linie auf Schäden, die deutsche Kriegsgefangene in der Gefangenschaft infolge von Gesundheitsstörungen erlitten haben, ferner auf etwaige Ersatzansprüche in bezug auf persönliche Gebührnisse, auf die Erstattung der Fluchtkosten, auf die Entschädigung für abgenommene Bekleidungs- und Ausrüstungsstücke — hierzu rechnen u. a. auch Uhren mit einfacher Kette, Messer — sowie Bargeld, Trauring, auf die Entschädigung wegen mittelbarer durch die besonderen Verhältnisse der Kriegsgefangenschaft entstandener Verluste, in ganz besonders begründeten Ausnahmefällen auch auf Verlust von Postsendungen. Ansprüche, die sich auf Gesundheitsstörungen gründen, sind von Offizieren und Beamten vor der Entlassung aus dem aktiven Dienst: beim Ersatztruppenteil (Kompagnie usw.) oder dem behandelnden Arzt, nach der Entlassung bei dem zuständigen Bezirkskommando (Bezirksfeldwebel) anzumelden, alle anderen Ansprüche dagegen möglichst schon in den Durchgangslagern, sonst durch Vermittlung des Ersatztruppenteils oder der Bezirkskommandos geltend zu machen. Ansprüche dieser Art, die bei Rotkreuzvereinen (Hilfen für kriegsgefangene Deutsche) oder dem Heimatdank für heimkehrende deutsche Kriegs- und Zivilgefangene — Berlin NW 23, Siegmundshof 1 — geltend gemacht werden, werden von diesen an die zuständigen Dienststellen abgegeben. Darüber hinausgehende Ansprüche erledigt der Heimatdank in Zusammenarbeit mit den Ausschüssen für deutsche Kriegsgefangene im Benehmen mit der Heeresverwaltung. Insbesondere werden auf diesem Wege Vorschüsse für die Fluchtkosten — soweit sie nicht bereits von der Heeresverwaltung gegeben worden — und in Fällen besonderer Bedürftigkeit auch Beihilfen gewährt

---

* **Der Turnverein** hielt am Mittwoch seine Monatssammlung ab, in welcher der Vorsitzende den Aufruf des Vorstandes der deutschen Turnerschaft bekannt gab. In demselben heißt es u. a.: Festen Blickes in die Zukunft schauen und getreu unserer Satzungen und unseren Ueberlieferungen durch ernste Arbeit an der Jugend mitzuwirken am Wiederaufbau des zertrümmerten und doch so lebensstarken Vaterlands. Die Deutsche Turnerschaft soll sich auch in diesem Sturme der unser Vaterland durchtobt, als das feste Band erweisen, das die Deutschen einig und fest zusammenhält, ohne in die politischen Parteibestrebungen einzugreifen. Darum Ihr, die Ihr während des gewaltigen Ringens daheim bleiben mußtet und die Turnstätten, soweit es möglich war, in die neue Zeit hinüberretten konntet, und Ihr, die Ihr mit hinaus gezogen seid und als eiserner Wall die Heimat vor dem Einbruch der Feinde gedeckt habt, Ihr alle, die Alten und Jungen, die Ihr je den Segen ernster Turnarbeit an Euch erfahren habt und jetzt zu den alten Stätten jugendlicher Lust zurückkehren könnt, werdet nicht müde, das Turnen weiter zu pflegen im Geiste Jahns als heilige vaterländische Sache und ein fröhliches Spiel zur Hebung des Geistes und des Körpers. Es gilt, dem deutschen Volke das verloren gegangene Vertrauen in die eigene Kraft wiederzugewinnen; es gilt, die eigenen Kräfte wieder straff zu machen und sie zu befähigen, allen Anforderungen dieser ernsten Zeit zu genügen; es gilt, die während des Krieges herangewachsene Jugend an uns zu fesseln und ein neues Geschlecht heranzubilden für ein neues Vaterland! Darum kommt vor allem wieder zum Turnen! Belebt die Stätten wieder, an denen ihr so viele herrliche Stunden zugebracht habt, denen Ihr Lebensfrische und Lebensfreude verdankt! Vergeßt aber auch nicht die Kleinarbeit, die dazu gehört, um die Deutsche Turnerschaft wieder aufzubauen und betriebsfähig zu erhalten! Denke kein Turner, kein Verein nur an sich! Denkt daran, daß der Einzelne, daß der Verein nur gedeihen kann, wenn das Ganze gedeiht, wenn die Gaue, die Kreise und die gesamte Deutsche Turnerschaft in voller Lebenskraft blühen! Vor allem seid einig! Gebt, wo mehrere Turnvereine an einem Orte bestehen, nicht das Bild der Zerrissenheit! Laßt die kleinen Gegensätze beiseite und denkt daran, daß Ihr einer großen Sache dient: der Gesundung und Erstarkung unseres unglücklichen, unseres über alles geliebten Vaterlandes! Unser Sammelruf sei: Herz und Hand dem Vaterland! Aus dem Rundschreiben an die Vereine des 2. Turnkreises geht hervor, daß die Ausschreibung der Wahlen zum nächstjährigen Turntage erfolgt ist und daß für die mit unserem Gau verbundenen Gaue: Odergau und Grafschaftsgau unser Kreisvertreter Weisbrodt vorgeschlagen ist. Die Wahl muß noch in diesem Jahr erfolgen und das Ergebnis bis 15. d. Mts. dem Kreisvertreter mitgeteilt werden. — Aufgenommen wurde ein neues Mitglied. Aus dem Felde waren bereits drei Mitglieder zurückgekehrt, die an der Versammlung teilnahmen, sodaß sich in unserem Verein nach und nach das friedensmäßige Leben einstellen dürfte. Den jungen Mitgliedern ist zu empfehlen, sich nun wieder fleißig im Turnsaal und in den Versammlungen einzufinden. Auch der Damenriege wird die rege Vereinstätigkeit dringend ans Herz gelegt. — Hierauf fand die Wahl von zwei Rechnungsprüfern statt, die auf die Turner Greiffeld und R. Ansorge fiel. Hierauf fand Schluß der Versammlung statt.

o **Zehntausend Pfund Speiseöl.** Nichts vermag die Bedeutung der Sammlung von Bucheckern für die Linderung der Fettnot besser zu beweisen, als die Tatsache, daß im Kreise Stormarn bis zum 20 Oktober d. Js. 10 000 Pfund Speiseöl allein durch Bucheckern geschaffen wurden.

o **Weihnachtspakete.** Wegen der bevorstehenden Weihnachtssendungen richtet die Postverwaltung nachstehende Wünsche an die Absender: Die Pakete sind recht dauerhaft herzustellen; in das Paket ist obenauf eine Abschrift der Aufschrift zu legen; die Aufschrift ist deutlich, vollständig und haltbar herzustellen, der Name des Bestimmungsorts besonders groß und kräftig anzugeben; auf den Paketen selbst hat der Absender seinen Namen und Wohnort mit Wohnung zu vermerken: die Weihnachtssendungen sind möglichst frühzeitig aufzuliefern und freizumachen. — Im übrigen tritt für die Zeit vom 16. bis einschließlich 24. Dezember die übliche Paketbeschränkung ein. Zur Beförderung unter Wertangabe werden von Privatpersonen nur solche Pakete angenommen, die ausschließlich bares Geld oder Wertpapiere, Urkunden, Gold, Silber, Edelsteine oder daraus gefertigte Gegenstände enthalten. Pakete mit anderem Inhalt sind während der angegebenen Zeit von der Versendung unter Wertangabe ausgeschlossen. Das Verlangen der „dringenden" oder Eilbestellung ist für diese Tage bei gewöhnlichen Paketen, die von Privatpersonen herrühren, nicht zugelassen.

Bekanntmachungen.

1. **Kartoffel-Versorgung.**

Die Ausgabe der neuen Kartoffelkarten vom 23. Dezember 1918 ab gerechnet, erfolgt am **Freitag, den 13. Dezember.**

Für die Haushaltungskarten	1—200 nachm.	2—3 Uhr	
	201—400 „	3—4 „	
	401—600 „	4—5 „	
Montag, den 16. d. Mts.			
Für die Haushaltungskarten	601—800 vorm.	2—3 Uhr	
	801—1000 „	3—4 „	
	1001—1200 „	4—5 „	
	1201—Ende u. G.	5—½6	

2. Bei Herrn Kaufmann Liebert hier sind noch

Karbidlampen

erhältlich. Der Ankauf wird dringend empfohlen, da keine Aussicht besteht, in nächster Zeit eine größere Menge Petroleum zu erhalten.

3. **Beschulung blinder und taubstummer Kinder.**

Blinde Kinder, welche das 6. Lebensjahr, sowie taubstumme Kinder, welche das 7. Lebensjahr vollendet haben, unterliegen sofern sie genügend entwickelt und bildungsfähig erscheinen, der Verpflichtung, den in den Anstalten für blinde und taubstumme Kinder eingerichteten Unterricht zu besuchen. Zu den taubstummen Kindern im Sinne des Gesetzes gehören auch stumme, ertaubte und solche Kinder, deren Gehörreste so gering sind, daß sie die Sprache auf natürlichem Wege nicht erlernen können und die erlernte Sprache durchs Ohr zu verstehen nicht mehr im Stande sind. Zu den blinden Kindern gehören auch solche, die so schwachsichtig sind, daß sie blinden Kindern gleich geachtet werden. Zur Aufstellung einer Nachweisung solcher Kinder werden Eltern und deren gesetzliche Vertreter hiermit aufgefordert, blinde und taubstumme Kinder, die bis 1. April 1919 das vierte Lebensjahr vollendet haben, bis 14. d. Mts., vormittags 12 Uhr in der Ortskanzlei zu melden.

Warmbrunn, den 12. Dezember 1918.

Der Gemeindevorstand.
J. V.: **Düring.**

Heut, Freitag, von 1 Uhr ab und Sonnabend Verkauf von schönem

Rossfleisch

Frau Kühn,
Klosterstraße.

Gut erhaltene, getragene warm gefütterte, halbhohe

Lederschuhe Nr 38

zu verkaufen, ebenda billig

1 Phönixpalme

Heinrichstr. 8

Gutes, schwarz-wollenes

Kleid u. Plüschmantel

zu verkaufen.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle dieser Zeitung.

---

1 helle Bettstelle mit Matratze, 1 hell. Kinderbett mit Matratze, 1 hell. Ausziehtisch zu verk.
nur an Privat. Klosterstr. 3.

3-4 Zimmer-Wohnung

m. neuzeitlicher Einrichtung wird zum 1. April 1919 in Warmbrunn oder näherer Umgebung davon für zwei Damen **gesucht.**

Angebote mit Preisangabe an die Geschäftsstelle dieser Zeitung unter S. N. erbeten.

Was wir wollen:

1. Begründung eines Volksstaates, in dem alle Kreise unseres Volkes zu reger Mitarbeit an den öffentlichen Aufgaben berufen sind, unter sorgfältiger Schonung der Stammeseigentümlichkeiten und Besonderheiten der Einzelstaaten.

2. Ein geordnetes Staatsleben nicht die Vorherrschaft einer Klasse und noch weniger eine Gewaltherrschaft; allgemeines, gleiches und geheimes Wahlrecht.

3. Ein Wirtschaftsleben, das die Tatkraft des Einzelnen hebt, sein Vorwärtskommen ermöglicht, nicht durch Zwangswirtschaft oder zu weitgehende Sozialisierung einschnürt.

4. Auflösung d. Kriegsgesellschaften.

5. Belebung und Stärkung des christlichen Geistes, darum Schutz der christlichen Kirche und Schule.

6. Freiheit der Person in Wort und Schrift.

7. Schutz des privaten Eigentums.

8. Fortführung der von Wilhelm I. und Bismarck begründeten Sozialpolitik.

9. Fürsorge für Arbeiter, Angestellte Beamte und Lehrer.

10. Schutz dem Handwerk und Mittelstand.

11. Ländliche Kolonisation in weitem Umfange.

12. Rege Mitwirkung der Frau an öffentlichen Aufgaben. Ihre tapfere Pflichterfüllung im Kriege berechtigt sie zur Forderung des Stimmrechts.

13. Ein wohldisziplinliertes Heer.

14. Fürsorge für alle Kriegsbeschädigten und die Hinterbliebenen der Gefallenen.

Das alte Reich liegt in Trümmern. Das alte Preußen ist zusammengebrochen.

Wir wollen den Ursachen dieses Zusammenbruchs nicht nachspüren Wir wollen nicht in den Trümmern nach verschütteten Wertstücken graben. Wir wollen auch nicht auf dem Trümmerhaufen jammernd klagen und anklagen.

Aber wir wollen helfen, daß ein neuer Bau aufgerichtet werde, heller und luftiger, als der alte gewesen ist, fester, als der war, der dem Sturm und den Wellen so wenig standgehalten hat, ein Deutsches Reich erfüllt von deutschem Geiste.

Manche Fesseln sind gefallen. Wir wollen keine neuen, drückenderen dafür eintauschen! Manche Vorrechte sind beseitigt. Wir wollen nicht neue unbegründetere an ihre Stelle treten lassen! Wir wollen, daß im neuen Reiche jedes Glied des Volkes ohne jede Ausnahme sich frei bewegen und betätigen kann.

In den Richtlinien zur Gründung einer

deutsch-nationalen Volks-Partei

aufgestellt von einer Anzahl im öffentlichen Leben und Wirken bewährter Männer, finden wir einen gangbaren Weg vorgezeichnet, der uns zu dem erstrebten Ziele führen kann.

Wer mit uns diesem Ziele zustrebt, schließe sich uns an, aber ohne zu zögern.

Wollen wir zu dem gelangen, was uns verheißen wurde, zu Brot und Frieden, dann muß jeder dazu helfen, daß wir sobald als möglich zu einem geordneten Staatswesen auf rechtlicher Grundlage gelangen.

Der vorbereitende Ausschuß zur Gründung eines Zweigvereins der deutsch-nationalen Volkspartei für die Kreise Hirschberg und Schönau.

Anmeldungen und Beiträge werden bis zur Eröffnung unseres Geschäftszimmers, die in den nächsten Tagen bekannt gegeben wird in der

Geschäftsstelle des „Generalanzeiger f. d. Riesengebirge", Schulstraße 12

entgegengenommen.

Die Verlobung unserer ältesten Tochter Eleonore mit dem Kaufmann Herrn Emil Koch beehren wir uns anzuzeigen.

Oswald Weißer und Frau,
geb. Buchberger.

Warmbrunn, Rsgb., 12. Dezember 1918.

Eleonore Weißer
Emil Koch
Verlobte

Warmbrunn Herford i. Westf.

Für die so vielen innigen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unseres lieben guten Vaters, Grossvaters, Schwiegervaters, Bruders und Onkels,

des Gemeindevorstehers

Otto Goy

sagen wir allen unseren verbindlichsten Dank, besonders für die vielen Kranzspenden und das letzte Geleit der Behörden der Gemeinde- und kirchlichen Körperschaften von Herischdorf und Warmbrunn und der beteiligten Vereine.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Herischdorf, den 12. Dezember 1918.

Weihnachts-Kerzen

unverbrennbar D. R. P. eine Zierde für jeden Christbaum, können jedes Jahr wieder verwendet werden.

Preis per Dutzend M. 7,50

Brennstoff hierzu Mark 1,50, franko gegen Nachnahme.

E. Dietrich, Lauban, Postfach 81.

Sie haben Recht ??

Wenn Sie sagen Inserieren kostet Geld
Wenn Sie aber behaupten, daß Ihnen die Insertion keine geschäftlichen Erfolge bringt

dann haben Sie nicht Recht!!

Für den Weihnachtsbedarf

empfehle

Uhren aller Art

in grosser Auswahl

sowie

Gold- und Silberwaren,
Geldtaschen, Zigaretten-Etuis, Rasier-Apparate und Schnitzkästen.

Kurt Schneider, Uhrmacher,
an der Salzbrücke.

Karlsruher Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit.

bisher beantragte Versicherungen 1500 Millionen Mk. Dividendenzahlungen an die Versicherten in den drei Kriegsjahren 1914/16: 23 Millionen Mark

Mitversicherung der Kriegsgefahr.

Auskunft erteilt Buchdruckereibesitzer
Paul Fleischer in Warmbrunn.

Visiten-Karten

liefert in jeder Ausführung

Nachrichten und Tageblatt.